

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Dennis Jahn und Peer Lilienthal (AfD)

Eurobonds-Debatte im Zuge der US-Wirtschaftspolitik: Welche Auswirkungen und welche Position ergeben sich für Niedersachsen?

Anfrage der Abgeordneten Dennis Jahn und Peer Lilienthal (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 07.09.2026

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzpolitik der US-Regierung unter Präsident Donald Trump mehren sich Stimmen, die von einem Vertrauensverlust internationaler Finanzmärkte gegenüber US-Staatsanleihen sprechen.¹ In der Folge wird auf europäischer Ebene verstärkt über die Einführung dauerhafter gemeinsamer europäischer Anleihen („Eurobonds“) diskutiert, um den Euro als Reserve- und Leitwährung zu stärken und ein mit US-Treasuries vergleichbares, liquides „sicheres“ Anlageinstrument zu schaffen.²

Während sich u. a. der französische Präsident, die Europäische Zentralbank sowie Vertreter deutscher Wirtschaftsinstitute und der Bundesbank für eine Ausweitung gemeinsamer EU-Schuldenaufnahme aussprechen³, lehnt die Bundesregierung unter Bundeskanzler Friedrich Merz eine solche dauerhafte Vergemeinschaftung von Schulden bislang ab.⁴ Bereits heute bestehen mit Instrumenten wie NextGenerationEU Präzedenzfälle gemeinsamer EU-Schuldenaufnahme, deren Volumen und Anwendungsbereich künftig ausgeweitet werden könnten - etwa zur Finanzierung von Verteidigungs-, Industrie- oder Infrastrukturvorhaben.

Diese Entwicklung berührt auch unmittelbare Interessen des Landes Niedersachsen: als Emittent eigener Landesanleihen, als über den Bundesrat an europapolitischen Entscheidungen mitwirkendes Land sowie als Empfänger und potenzieller künftiger Adressat EU-finanzierter Förderprogramme (u. a. für Häfen, die Transformation der Automobilindustrie und digitale Infrastruktur).

1. Wie bewertet die Landesregierung die möglichen Auswirkungen einer verstärkten Emission gemeinsamer EU-Anleihen (Eurobonds) auf die Nachfrage nach niedersächsischen Landesanleihen?
2. Geht die Landesregierung von Veränderungen bei den Zinsaufschlägen (Spreads) niedersächsischer Landesanleihen gegenüber Bundesanleihen oder künftigen Eurobonds aus, und wenn ja, in welche Richtung?
3. Welches Volumen haben niedersächsische Landesanleihen derzeit, und wie stellt sich die Investorenstruktur dar?
4. Sieht die Landesregierung durch ein wachsendes Angebot an Eurobonds das Risiko eines Verdrängungseffekts („Crowding-out“) zulasten niedersächsischer Landesanleihen am Kapitalmarkt?
5. Welche Auswirkungen auf die künftigen Zinskosten des Landes Niedersachsen erwartet die Landesregierung im Falle einer dauerhaften Ausweitung gemeinsamer EU-Anleihen?

¹ <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-pro-euro-bonds-sind-die-richtige-antwort-auf-den-trump-schock/100249783.html>

² <https://www.zdfheute.de/wirtschaft/eu-eurobonds-schulden-100.html>

³ <https://www.wiwo.de/politik/europa/umstrittene-eurobonds-bundesbankchef-offen-fuer-gemeinsame-europaeische-schulden/100199563.html>

⁴ <https://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/anleihen/euro-bonds-bundesbankchef-sorgt-mit-seinem-vorstoss-fuer-irritationen/100199847.html>

6. Wie positioniert sich die Landesregierung gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes im Bundesrat beziehungsweise in der Europaministerkonferenz der Länder zur Frage einer dauerhaften gemeinsamen europäischen Schuldenaufnahme?
7. Welche Haltung vertritt die Landesregierung zur Frage einer Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken im Zusammenhang mit Eurobonds?
8. Inwiefern sieht die Landesregierung eigene Interessen Niedersachsens als Land mit eigener Anleiheemission bei einer möglichen künftigen Vertragsänderung auf EU-Ebene berührt?
9. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, in welchem Umfang gemeinsame EU-Anleihen künftig zur Finanzierung von Verteidigungs-, Industrie- oder Infrastrukturvorhaben eingesetzt werden könnten (vergleichbar mit NextGenerationEU)?
10. Welche Bedeutung hätten daraus resultierende neue oder erweiterte EU-Förderprogramme aus Sicht der Landesregierung für niedersächsische Häfen, die Transformation der Automobilindustrie (u. a. Volkswagen) sowie den Ausbau digitaler Infrastruktur?
11. Bewertet die Landesregierung eine mögliche Ausweitung schuldenfinanzierter EU-Programme eher als Chance oder als Risiko für die Eigenständigkeit niedersächsischer Wirtschafts- und Strukturpolitik?
12. Hat die Landesregierung bereits Kontakt zur Bundesregierung oder zur Europäischen Kommission aufgenommen, um niedersächsische Interessen bei der Ausgestaltung etwaiger neuer gemeinsamer Finanzierungsinstrumente einzubringen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?